

23. Parlamentarischer Untersuchungsausschuss

(18. Sitzung am 18. Januar 2017)

Beratungsthemen:

1. Gespräch mit einem Vertreter des Bundesministeriums des Innern

In nicht öffentlicher Sitzung führte der Ausschuss ein Gespräch mit einem Vertreter des Bundesministeriums des Innern über Fragen der Aktenvorlage und der Aussagegenehmigungen.

2. Vernehmung von Zeugen

In öffentlicher, nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung vernahm der Untersuchungsausschuss den Polizeipräsidenten der Polizeidirektion Braunschweig, Herrn **Michael Pientka**, als Zeugen.

3. Verfahrensfragen, Beweisbeschlüsse, Termine, ggf. Sachstandsbericht des Ermittlungsbeauftragten

In nicht öffentlicher Sitzung erörterte der Untersuchungsausschuss Verfahrensfragen, u. a. den Sachstand zu den Beweisbeschlüssen, insbesondere zur Aktenvorlage.

Er erklärte eine zum 9. Beweisbeschluss übersandte Aufstellung über Gefährder und Relevante Personen sowie einen Teil des Berichts der Landesregierung zu den Komplexen 3 und 4 des Untersuchungsauftrages für vertraulich gemäß § 95 a der Geschäftsordnung des Landtages.

Der Ausschuss kam überein, den Zeugen Lührig nicht am Nachmittag des 26. Januar, sondern in der Sitzung am 8. Februar zu vernehmen.

Des Weiteren nahm der Untersuchungsausschuss einen Sachstandsbericht des Ermittlungsbeauftragten entgegen und erörterte mit ihm die weitere Vorgehensweise.